

Zusätzliches Personal für „ALLEGRO“

Ab dem 18. August 2014 soll im Jobcenter Bochum die Auszahlung des Arbeitslosengelds II auf eine neue Software „ALLEGRO“ umgestellt werden. Die Umstellung auf dieses neue Auszahlungsprogramm ist mit erheblichem Arbeitsaufwand für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters verbunden.

Ein zentrales Problem liegt darin, dass die Daten aus der bisher genutzten Software „A2LL“ nicht automatisiert in das neue Programm übertragen werden können, sondern per Hand einzeln erfasst werden müssen. Das dies mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden ist, liegt unserer Meinung nach auf der Hand und wird auch seitens der Verantwortlichen nicht bestritten.

Die Bundespersonalräte der Jobcenter wie auch der Personalrat des Jobcenters Bochum fordern aus diesem Grunde die vorübergehende Einstellung von neuem (zusätzlichem) Personal für diese Umstellungsarbeiten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Leistungsabteilungen arbeiten schon jetzt an ihren Kapazitätsgrenzen. Aus fast allen Leistungsteams liegen Überlastungsanzeigen vor. Trotzdem lehnen die Geschäftsführung sowie die Träger des Jobcenters Bochum (Bundesagentur für Arbeit und Stadt Bochum) die Einstellung von zusätzlichem Personal ab.

Stattdessen sollen die Umstellungsarbeiten sowie sämtliche daraus resultierenden zusätzlich anfallenden Tätigkeiten durch die vorhandenen Kräfte bewältigt werden. Überstunden sollen hier die fehlenden Kräfte kompensieren.

Dies halten wir als Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft für unverantwortlich, sowohl im Sinne der jetzt schon überlasteten Kolleginnen und Kollegen als auch im Sinne der Bochumer Bürgerinnen und Bürger. Eine pünktliche Auszahlung ihrer Regelleistung darf nicht gefährdet werden.

Wer die geforderte personelle Entlastung der Jobcenterkolleginnen und Kollegen in dieser Umstellungsphase verweigert, geht sehenden Auges genau diese Risiken ein.

Wir unterstützen daher die Forderungen der Personalräte und der Kolleginnen und Kollegen des Jobcenters Bochum nach zusätzlichem Personal und fordern die Träger (Bundesagentur und Stadt Bochum) auf, unverzüglich entsprechende Schritte einzuleiten.

Der soziale Frieden in unserer Stadt darf nicht gefährdet werden, ebenso wenig wie die Gesundheit der im Jobcenter arbeitenden Menschen.

